



ZORNHEIMER BLÄTTCHEN

Demokratie fängt da an, wo man zu Hause ist!

AUSGABE 06-2021



■ HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!



Zornheim wird 1250 Jahre und dazu möchten wir Ihnen herzlich gratulieren. Ohne Sie wäre der Ort nur eine leere Hülle und darum gehen unsere Glückwünsche an die gesamte aktuelle Bevölkerung. Aber unser Dank geht ebenfalls an alle vorangegangenen Generationen. Diese Generationen haben immer auch die Zukunft im Blick gehabt und damit Zornheim so werden lassen, wie wir es heute ken-

nen. Wir, die SPD Zornheim, wollen dies genauso halten und nicht nur den Status Quo bewahren. Neben der Tagespolitik wollen wir auch immer die möglichen Interessen der zukünftigen Zornheimerinnen und Zornheimer im Blick behalten. Nur so wird Zornheim weiter eine Zukunft haben und ein liebens- und lebenswerter Ort bleiben.

- Dieter Utesch -

■ BUSSE DURCH DIE KONRAD-ADENAUER-STR.

Im „Zornheimer Boten“ vom März 2021 hat Kollege Remigius Franzen von der CDU Stellung zu dem Antrag der Durchfahrt von Bussen in der Konrad-Adenauer-Straße bezogen. Der frühe Zeitpunkt der Stellungnahme hat schon überrascht, da noch nicht alle Fakten auf dem Tisch lagen. Zwei Punkte konnten zwischenzeitlich von der Verwaltung geklärt werden.



Zum einen betrifft es die Belastung der Ortsgemeinde mit Kosten, die zusätzlich anfallen würden, wenn die Busverbindung durch die Konrad-Adenauer-Str. geführt werden würde. Der Bürgermeister hat auf Nachfragen angegeben, dass die Verlegung der Bustrasse kostenneutral für die Ortsgemeinde ist. Dies hätte die Kreisverwaltung so mitgeteilt. Ob und ggf. welchen Anteil dann tatsächlich in die Kreisumlage fallen würde, könnte ja dann die CDU-Landrätin im Sinne pro öffentlichem Nahverkehr entscheiden. Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt von Kollege Franzen war, dass die Straße – weder im sanierten Teil noch im unsanierten Bereich – für eine derartige Belastung ausgelegt wäre. Ein erneutes Gutachten kommt jedoch zu einem gegenteiligen Ergebnis. Danach wird nach kritischer Betrachtung noch

mal bestätigt, dass die Konrad-Adenauer-Straße sehr wohl für die Busverkehr ausgelegt ist und diese Aussage gilt für die gesamte Straße. Nun sind die weiteren Schritte einzuleiten, um eine sachgerechte Entscheidung herbeizuführen: voreilige Schnellschüsse sind aus Sicht der SPD der Sache eher abträglich. Ein schönes Beispiel kann hier auch die Bahnlinie in Nieder-Olm sein. Durch den Rheinland-Pfalz-Takt wurde sie aus dem Dornröschenschlaf erweckt und erfreut sich heute großer Beliebtheit. Hier hat sich gezeigt, dass erst ein attraktives Angebot gemacht werden muss, um die Bevölkerung zum Umsteigen zu bewegen. Busse nur dann fahren zu lassen, wenn sie komplett besetzt sind, macht keinen Sinn. Dann müssten ja auch die Verbindungen nach Mainz erheblich reduziert werden.

- Wolfgang Zschaschler -

Die Mobilität ist und bleibt eines der wichtigen Grundbedürfnisse der heutigen Gesellschaft. Unsere Ortsgemeinde verfügt schon heute über eine gute verkehrliche Anbindung – sowohl für den motorisierten Individualverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr – und es besteht noch Potenzial nach oben! Die großen Ziele des Klimaschutzplans sowie der Mobilitätswende müssen bereits in kleinen, ländlichen Regionen realisiert werden, um ein gesamtheitliches Ergebnis mitzutragen. Die Nutzung und Akzeptanz nachhaltiger Mobilitätsangebote sinken allerdings im Vergleich zur Nutzung des eigenen Autos. Dies ist meist auf die langen Fußwege und die schwere Erreichbarkeit der Haltestellen des Angebotes des öffentlichen Personennahverkehrs verbunden. Der Landkreis Mainz-Bingen investiert daher zum 1. April 2022 erheblich in den öffentlichen Nahverkehr und hat ein neues Busnetz beschlossen. In diesem Zuge haben wir in Zornheim die Chance, noch aktiv mitzugestalten und im Kleinen unseren Betrag zu leisten. Zornheim Nord befindet sich seit einigen Jahren im Generationenumbruch und so bietet eine gute Busanbindung sowohl unseren mobilitätseingeschränkten Mitbürger/-

innen die Möglichkeit, auch mal ohne Auto mobil zu sein, als auch den Schüler/-innen, ihre Schule ohne lange Fußwege zu erreichen.

Was ist konkret geplant?

Die Linien 66 und 67 werden von Mainz aus weiterhin Zornheim bedienen. Die Linie 640 (neu: Ingelheim – Nieder-Olm – Zornheim – Mommenheim – Oppenheim) wird ab dem 01. April 2022 die Verbindung zwischen Zornheim und Nieder-Olm von der heutigen Linie 66 übernehmen. Der Fahrplan der Linie 640 weist in der Planung in Zornheim nur die Haltestelle Nieder-Olmer-Straße aus. Das wäre im Vergleich zu heute eine erhebliche Verschlechterung, auch weil keine Umstiegsmöglichkeit zu den Linien 66 und 67 mehr besteht. Daher haben wir als SPD den Antrag eingebracht, dass die Linie 640 auch die Haltestelle Konrad-Adenauer-Straße bedient und im weiteren Linienvverlauf durch die Konrad-Adenauer-Straße das große Wohngebiet Zornheim Nord mit ein bis zwei zusätzlichen Haltestellen bedient. Im Rahmen des Konzeptes für 2022 bleibt es für die Gemeinde bei den Einmalkosten für die Einrichtung der Haltestelle(n). Für einen barrierefreien Ausbau stünden zudem erhebliche

Fördermittel des Landes zur Verfügung. Ein weiteres Thema, welches sich momentan noch in Prüfung befindet, ist der Rutschhang. Ob und inwieweit sich der Busverkehr darauf auswirkt, wird aktuell durch die zuständigen Stellen überprüft.

Zwischenzeitlich wurden mehrere Bedenken der Bewohner Zornheim Nords angemeldet und zusammengetragen. Diese werden natürlich berücksichtigt und wahrgenommen. Um dieses Projekt gemeinsam als Ortsgemeinde zu tragen, ist es essenziell, Sie als Bewohner:innen mitzunehmen, zu informieren und offen zu sein für Ihre Fragen und Anliegen. Darüber hinaus soll stets eine transparente Beteiligung ermöglicht werden. Weitere Schritte von unserer Seite wären unter anderem eine Veranstaltung in Form einer Einwohnerfragestunde – soweit es die Covid-19 Situation erlaubt – mit Informationen, gegebenenfalls Vorträgen von Fachleuten aus der Praxis, und der Möglichkeit, die Fragen und Anliegen der Bewohner:innen zu beantworten. Darüber hinaus sind weitere Bürgerinformationen in schriftlicher Form vorgesehen.

- Yousra Fechtali -





■ „EI GUCKE MOL DO“

CDU-Mehrheit setzt Einzelinteressen im Rat durch

Wer die letzte Ratssitzung im Mai dieses Jahres verfolgen konnte, hatte die Möglichkeit ein besonderes Highlight geboten zu bekommen. Dabei ging es um einen Befreiungsantrag im Baugebiet „Wächsgewann“.

Doch der Reihe nach...

Für dieses Baugebiet wurden planungsrechtliche Festlegungen und örtlichen Bauvorschriften gemäß der Landesbauordnung im Bebauungsplan fixiert, um eine schöne Angleichung an die schon bestehende Bebauung aus den 70-er Jahren sicherzustellen. Regelmäßig kommt es bei der Erarbeitung dieses Dokumentes parteiübergreifend zu teilweise heftigen Diskussionen in der Sache, die aber meistens im Kompromiss abgeschlossen werden können. In der Phase der Bebauung werden von den neuen Eigentümern der Grundstücke Befreiungsanträge gestellt, die bisher eher zurückhaltend genehmigt wurden. Das äußere Erscheinungsbild des Baugebietes war hier parteiübergreifend der Maßstab. Auch Befreiungsanträge aus schon bestehender Bebauung, die gar nicht die äußere Fassade des Gebäudes betrafen, wurden kritisch diskutiert und zurückhaltend genehmigt. Auch die CDU fühlte sich diesem parteiübergreifenden Grundkonsens gebunden. Doch dieser Grundkonsens wurde in der letzten Ratssitzung aufgekündigt. Dabei geht es um einen Befreiungsantrag im Baugebiet „Wächsgewann“. Im Bebauungsplan ist unter Punkt 2.3 „Einfriedungen, Abgrenzungen und deren Gestaltung“ ausgeführt: Im Bereich der Vorgärten sind massive Einfriedungen nur bis zu einer maximalen Höhe von 0,5m zulässig. Für sonstige Einfriedungen ist eine Höhe von bis zu 1,5m gestattet. Hecken dürfen

2,0m Höhe haben. An den seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen sind Einfriedungen bis zu einer maximalen Höhe von 1,8m zulässig, sofern sie nicht als Mauern ausgeführt werden. Mauern in diesem Bereich sind nur auf einer Länge von höchstens 5,0m und mit einer Höhe von maximal 2,0m -zur Abschirmung eines Sitzbereiches- zulässig. Einfriedungen nach Satz 2 und 4 sind als Holzlatenzäune, als Maschendrahtzäune, als natürliche oder geschnittene Hecken auszuführen. Soweit die Vorschriften

Doch so sieht der Vorgarten jetzt aus:



Die Kreisverwaltung hat festgestellt, dass die Einfriedung an der höchsten Stelle 3,0 m beträgt. Insofern eine erhebliche Abweichung. Zwei Elemente des Zauns werden wohl noch zurückgebaut, wobei auch dann noch eine erhebliche Abweichung vorliegen würde. Im Hauptausschuss wurde der Befreiungsantrag intensiv diskutiert und man ist bei 2 Ja-Stimmen zu einer mehrheitlichen Ablehnung gekommen. Auch (wie viele) Kollegen/innen der CDU haben den Antrag abgelehnt und (wie viele) von der CDU haben sich ent-

halten. Eine breite Mehrheit im Hauptausschuss war somit gegen diese weitreichende Befreiung. Doch im Rat kam es dann ganz anders. Die CDU-Mehrheit und der Bürgermeister haben entgegen der Empfehlung des Hauptausschusses den Antrag dann durchgeboxt. Ein Novum, dass einen vergleichbaren Fall in der Gemeinde noch sucht. Vor diesem Beschluss stellt sich für die SPD die Frage, ob derart weitreichende Einschränkungen überhaupt noch opportun sind, wenn politisch Einzelinteressen durchgeboxt werden. Im Zuge der Gleichbehandlung können wir nur Antragstellern von

Befreiungsanträgen ermuntern, ihr Vorhaben erneut zur Diskussion zu stellen, sofern ihr Antrag schon mal abgelehnt wurde. Denn derart weitreichende Abweichungen sind sicherlich mit der Mehrheit der CDU und unserem Bürgermeister auch an anderen Stellen denkbar. Oder sogar umgekehrt: muss man jetzt befürchten, dass jedwede Änderung mit der CDU machbar ist?



■ VIELFALT STATT STEINWÜSTE – NATURNAHE GÄRTEN STATT SCHOTTERGÄRTEN

Viel Arbeit soll ein Garten in der heutigen Zeit möglichst nicht machen. Immer mehr Hauseigentümer entscheiden sich daher für eine angebliche pflegeleichte Alternative – den sogenannten Schottergarten. Immer mehr Gärten zeigen sich uns in Grau statt Bunt. Viele Insekten sind inzwischen vom Aussterben bedroht. Aufgrund fehlender Pflanzen mangelt es in Schottergärten Insekten und Vögeln an Nahrung, Versteckmöglichkeiten und Nistplätzen. Formgehölz und auch die teilweise eingesetzten Neophyten (nicht einheimische Pflanzen, die die Biodiversität beeinträchtigen) helfen hier nicht weiter. Schottergärten sind somit biologisch fast tot. Ein intaktes Ökosystem bringt Vorteile für alle, für Mensch und Tier, Insekten und für das Klima. Schottergärten haben Auswirkungen auf unser Klima. Im Sommer wärmen sich die Steine stark auf und geben die Hitze nachts nur langsam ab. Dadurch bleibt die Temperatur sowohl tagsüber als auch nachts auf einem sehr hohen Level. Pflanzen dagegen kühlen die Umgebung ab, indem sie Feuchtigkeit verdunsten und Schatten

spenden. Schottergärten sind auf Dauer auch nicht pflegeleicht. Ein Schottergarten macht auf lange Sicht gesehen sogar mehr Arbeit. Herbstlaub kann man nicht abharken oder wegfegen. Es sammeln sich Blütenpollen in den Zwischenräumen, Unkräuter wachsen und lassen sich nur schwer entfernen. Die Steine vermoosen mit den Jahren, dann muss der Schotter aufwendig gereinigt oder sogar ausgetauscht werden. Ein naturnaher Garten muss nicht viel Arbeit machen. Zahlreiche heimische Pflanzen benötigen nur wenig Pflege. Es gibt zahlreiche Alternativen zu Schottergärten. Ein pflegeleichter Vorgarten kann mit zahlreichen Pflanzen erreicht werden, die es trocken und sonnig mögen und trotzdem Lebensraum für zahlreiche Insekten und Vögel bieten. Einen guten Überblick gibt hier eine Information des NABU: „Pflegeleichte Gärten – Alternativen zu Schotter & Co. Sie finden die Informationen im Internet unter:

www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/oekologisch-leben/balkon-und-garten/grundlagen/planung/26659.

FAZIT:

Wer einen pflegeleichten Garten möchte, muss nicht zum Schotter greifen. Zornheim sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und sich für die Anlage von naturnahen Gärten starkmachen. Denn alle Bürger sind aufgerufen und verpflichtet, durch ihr Handeln dazu beizutragen, dass unserer Ökosystem intakt bleibt bzw. es wieder wird. Das gilt auch für den privaten Bereich.

In zahlreichen Gemeinden gibt es bereits entsprechende „Grün- oder Vorgartensatzungen“, die die Anlage von Schottergärten untersagen. Auch der Rückbau vorhandener Schottergärten wird durch zahlreiche Projekte in verschiedenen Gemeinden gefördert.

- Barbara Steinhöfel -



SCHOTTERGARTEN



BIO-GARTEN

Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Zornheim | Elfmorgen 11 | Zornheim • Redaktion: Dieter Utesch | Wolfgang Zschaschler | Yousra Fechtali
Werner Stumpf | Doris Fürbeth | Barbara Steinhöfel | Doris Althaus • Die aufgeführten Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Besuchen Sie uns auch im auf unserer Homepage: WWW.SPD-ZORNHEIM.DE



UNWÜRDIG?!

Bei der Bauausschusssitzung am 09.06.21 gaben Mitglieder der CDU und FGW ein unwürdiges Bild ab. Was war los? Beim Thema, Barrierefreier Zugang zum Ratssaal – ein SPD Antrag – wurden Aussagen gemacht, die gegenüber Menschen mit eingeschränkter Mobilität, letztlich aber gegenüber allen Menschen mit Behinderung, als absolut diskriminierend einzustufen sind. Von der Verbandsgemeinde wurde, im Auftrag der Ortsgemeinde, eine Machbarkeitsstudie mit zwei Varianten eines möglichen Zugangs angefertigt. Diese Studie ist qualitativ sehr gut, was auch von allen lobend anerkannt wurde. Reaktion der CDU: Das ist Verschwendung von Steuergeldern, das würde ja 200.000 – 300.000€ kosten. Ja, wieviel sind wir denn bereit auszugeben? Was ist uns die Teilhabe von beeinträchtigten Menschen wert? Die Antwort kam kurz darauf. „Nichts!“ Als Alternative wird die ehemalige Post im Erdgeschoß präsentiert. „Die kann kostengünstig hergerichtet und über Video mit dem Ratssaal verbunden

werden.“ Das ist nicht Teilhabe, das ist pure Ausgrenzung! Warum sagt man den Betroffenen nicht ehrlich: „bleibt zu Hause und wählt Euch per Zoom ein.“ Das ist ein Rückfall an eigentlich vergangen geglaubte Zeiten. An diese Zeit erinnert auch die Frage der FWG: wie oft in den letzten 30 Jahren Bedarf nach einem barrierefreien Zugang bestand? Kaum. Aber das ändert sich, zum Glück. Immer mehr beeinträchtigte Menschen nehmen am öffentlichen Leben teil und üben Funktionen und Ämter aus, bis in die hohe Politik. Angebote, wie das Hochtragen in den Ratssaal, verbieten sich von selbst. Ja, es wurden schon wenige Veranstaltungen verlegt. Das mag in einem Einzelfall akzeptabel sein, doch für jemanden, der regelmäßig an Sitzungen und Veranstaltungen der Gemeinde teilnehmen möchte: eher unwürdig! Immer wieder vermittelt zu bekommen: du bist anders – nicht wie wir – deprimierend. Erwähnen möchte ich noch eine wirklich entlarvende Aussage. Es ging um eine mögliche Bushaltestelle in der

Niedernbergstrasse an der Treppe zur Konrad-Adenauer-Straße. Über diese Treppe könnte der Bus erreicht werden. Unsere Frage war, wie mobilitätseingeschränkte Menschen oder auch Eltern mit Kinderwagen, diese Treppe bewältigen sollen und zum Bus gelangen. Die Antwort kam aus dem Mund der FWG prompt: Außenrum! Also erst steil Berg runter und dann wieder rauf. Es geht hier nicht darum, das die Vorschläge der VG für den Zugang zum Ratssaal abgelehnt wurden. Nein, es geht hier darum, wie wir mit Menschen, umgehen. Dieser Abend mit den getroffenen Aussagen hat gezeigt, die Zornheimer CDU und FWG sind (noch) nicht bereit, Menschen mit Beeinträchtigungen gleichberechtigt wahrzunehmen. Jedenfalls nicht wenn es Geld kostet oder Veränderungen notwendig sind. Wir als SPD werden uns auf jeden Fall weiter für die Belange der Menschen mit Beeinträchtigung einsetzen. Dies kommt uns Allen zu Gute!

- Dieter Utesch -

■ LAND IN SICHT? GELÄNDE FÜR EINE JUGENDFREIZEITFLÄCHE GEFUNDEN?

Beharrlich haben die Sozialdemokraten in Zornheim dieses Thema in den letzten Jahren weiterverfolgt und im Interesse unserer jungen Mitbürger zahlreiche Vorschläge gemacht. Schon die Zukunftswerkstatt 2010, und später die Dorfmoderation 2012, die für die Dorfentwicklung Zornheims eingerichtet wurden, haben festgestellt, dass in Zornheim eine Fläche für Jugendliche fehlt. Wir haben gute Spielplätze und bald auch einen Weinausschank an der Hiwweltour.

Aber wo treffen sich die Jugendlichen?

Wo ist der Ort, wo man sich trifft, gemeinsam soziale Kompetenzen übt, altersgerechten Freizeitaktivitäten nachgehen kann und in heimischer Atmosphäre erwachsen wird? Immer wieder gab es Vorschläge, vor allem in der Umgebung der neuen Dreifeldsporthalle, im Kinsbachpark, an der alten Kläranlage oder am Bauhof. Nirgends woll-

te man eventuelle Störungen durch sich treffende Jugendliche akzeptieren. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom Oktober 2014 die Verwaltung aufgefordert, ein Gelände für eine Jugendfreizeitfläche (JFF) zu suchen. Auf der letzten Jugendkonferenz 2017 wurde von der CDU auch der Grillplatz als Jugendfreizeitfläche vorgeschlagen und von den anwesenden Jugendlichen akzeptiert. Leider wurde der Arbeitsauftrag des Gemeinderats nicht sehr engagiert weiterverfolgt. Als nun die Verwaltung den Vorschlag für einen neuen Standort für den Grillplatz vorschlug, haben wir Sozialdemokraten den Vorschlag für eine JFF auf dem alten Grillplatz aufgegriffen und Pläne für die Nutzung vorgestellt. Dort, in Ortsrandlage, fern ab von Wohnbebauung und ohne Gefährdung durch nennenswerten Straßenverkehr, sehen wir die Möglichkeit für eine JFF. Unter Berücksichtigung des Gesundheitsaspekts für unsere jungen

Mitbürger, soll hier, unter Schatten spendenden Bäumen, spaßorientierte, sportliche Freizeitgestaltung angeboten werden. Unser Vorschlag sieht eine Calisthenics-Anlage und jugendgerechte „Lümmelbänke“ vor. Calisthenics-Anlagen ermöglichen das Trainieren unterschiedlichster Fähigkeiten (Springen, Balancieren, Klettern usw.) allein oder im sportlichen Wettkampf. Anfang Juni hat sich der Sozialausschuss vor Ort ein Bild gemacht.

In letzter Minute fiel der CDU noch ein, dass auf dem Gelände des Grillplatzes ja früher einmal Müll entsorgt wurde, und deshalb dort nicht für die Fundamente des Calisthenicsgeräts gebohrt werden dürfe. Wieder einmal geschafft, eine Jugendfreizeitfläche zu verhindern? Wir werden sehen!

- Doris Althaus -



CALISTHENICS-GERÄT



LÜMMELBANK

■ DIE RICHTUNG STIMMT

Die SPD und ihr Spitzenkandidat Olaf Scholz haben den Wahlkampf zur Bundestagswahl offiziell eröffnet. Das SPD-Zukunftsprogramm kann sich sehen lassen. Es wurde entwickelt durch eine frühe Einbindung der Mitglieder und vieler Gruppen wie Umwelt- und Verbraucherverbänden und Gewerkschaften, der Wirtschaft und vielen Anderen. Es enthält u.a. konkrete Aussagen zur Klimaneutralität, zum Klimaschutz, zu fair entlohnter guter Arbeit, zu Wohnungsbau und Verkehr Mindestlohn von 12,00€ sowie einer Absage an die „schwarze Null“. Dazu Parteivorsitzender Walter Borjans: „Mit einer schwarzen Null sind die vor uns liegenden Aufgaben nicht zu erledigen. Das Zukunftsprogramm ist ein Steuersenkungsprogramm. Den allergrößten Teil der Bürgerinnen und Bürger werden wir entlasten. Um die Investitionen in die

Zukunft, wie z.B. in die Digitalisierung, Mobilität und Klimaneutralität finanzieren zu können, setzen wir auf drei Quellen: Der Steuerumgehung und Steuerbetrug muss ein Riegel vorgeschoben werden. Für Zukunftsinvestitionen werden auch Kredite aufgenommen werden müssen. Und drei bis fünf Prozent der größten Vermögen und Erbschaften werden sich stärker als bisher an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen müssen.“ Dazu die Parteivorsitzende Saskia Esken: „Wenn die Verteilung von Vermögen, von Einkommen und auch von Chancen so ungleich ist wie in Deutschland, dann ist Umverteilung das Gebot der Stunde. Die Ungleichheit ist letztlich auch Gift für eine Volkswirtschaft wie unsere. Dazu gehört auch, daß wir als Staat nicht weiter Dumpinglöhne subventionieren. Und wir brauchen mehr Tariflöhne.“ Es

lohnt sich, darüber zu diskutieren und zu streiten. Das Programm ist eine klare Absage an CDU/CSU und zugleich ein Angebot an die Grünen, aber wahr ist auch: Wer liest schon heute noch Programme? Und Wahlforscher sagen auch, es werden vorrangig Personen gewählt. Da muss sich unser Kanzlerkandidat OLAF SCHOLZ nicht verstecken. Seine persönlichen Umfragewerte sind gut bis sehr gut. (Aufholen muss die SPD als Partei) Er sagt: „Unser Programm formuliert den Anspruch, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Es beschreibt unsere Vorstellung von einer sozialdemokratischen Politik, die einen klaren Plan für die 2020er Jahre hat, die von Respekt geprägt ist und für ein starkes und souveränes Europa eintritt.“

- Doris Fürbeth -